

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Bauausschusses vom 16.03.2022

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

4. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

zu 4.1 Verzögerung von Baumaßnahmen und deren mögliche Ursachen - Antrag der SPD- Fraktion

Vorlage Nr. AT 185/2022 A

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde vorab im Rahmen der Ergänzungsvorlage zur Verfügung gestellt.

Anlass des Antrages sei die letzte Bauausschusssitzung und die dort angesprochen und nicht geklärten Ursachen für die Verzögerungen bei den Vergaben und letztlich die Farce der Abstimmungen im Bau- und im Vergabeausschuss gewesen, so Herr Pfeifer. Im Rahmen der Beschäftigung mit der Thematik sei er auf eine Gesetzgebung des Landes NRW aus 2020 zur Reform der kommunalen Grundsätze gestoßen. Ziel der Reform sei es gewesen, den Kommunen ein praktikables und wirksames Instrument an die Hand zu geben, um die Vergabe öffentlicher Aufträge zu stützen sowie die erforderliche Erneuerung der öffentlichen Strukturen voranzutreiben.

Die Struktur des Vergabeausschusses sei ihm nicht verständlich. Entsprechend der Antwort der Verwaltung sei ein politischer Spielraum stark eingeschränkt, da die Vergabekriterien eine abweichende Auswahl nicht zulassen. Faktisch heiße dies, dass Bau- und Vergabeausschuss lediglich „abnicken“. Die meisten Städte und Kommunen in NRW kämen ohne Vergabeausschuss aus, so dass sich die Frage stelle, warum man dann einen habe. Regelungen für die seltenen Aufhebungen könnten auch anders erfolgen. Er spreche sich für die Abschaffung des Vergabeausschusses aus. Ein Durchlauf durch Bau- und Vergabeausschuss erhöhe den Aufwand und verzögere.

Zur Thematik Wertgrenzen führt er aus, diese seien da, um die Art der Ausschreibung festzulegen. Die Antwort der Verwaltung enthalte keine Nennung der Wertgrenzen. Das Land NRW habe diese Wertgrenzen erheblich erhöht. Davon sei in Siegen nichts festzustellen. Es bestehe die Möglichkeit, aber in Siegen liege man zwischen 20 und 80% hinter den Möglichkeiten zurück, die das Land einräume.

Weiter gebe es kleinkarierte Vergabevorschriften, die den Aufwand ins absurde führen. Sei zum Beispiel ein Auftrag vergeben worden und irgendwann komme es zu einer Überschreitung der Planung von 5 %, dann bedürfe diese Nachtrag einer neuen Vorlage und eines Durchgangs im Bau- und Vergabeausschusses. In diesem Zusammenhang verweist er auf ein Beispiel bei dem es um den Betrag von 1.500 € ging. Als Gründe seien Korruptionsbekämpfung, Gleichbehandlungs- und Transparenzgrundsätze, Förmlichkeit der Verfahren und die Notwendigkeit organisatorischer Maßnahmen bei Erhöhung der Wertgrenzen genannt.

Sein Fazit sei, dass es um totales Sicherheitsdenken des Verantwortungsbereiches gehe. Möglicherweise gebe es auch Menschen, die Verantwortung vermeiden wollen. Es verbleibe die Frage, warum die Reform des kommunalen Vergaberechtes an der Universitätsstadt Siegen vorbeigegangen sei. Er plädiere für die Abschaffung des Vergabeausschusses und die Erhöhung der Wertgrenzen. Er wünsche sich, dass es im Bauausschuss zu einer entsprechenden Beschlussfassung komme, andernfalls werde die SPD zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Volt- Fraktion habe den Antrag begrüßt. Hinsichtlich des Verfahrens bei Dringlichkeitsentscheidungen sei eine Anpassung der Vergabevorschriften dringend geboten. Im Ältestenrat sei die Thematik und die Frage der Aufteilung der Vergaben auf die jeweiligen Fachausschüsse angesprochen worden, so Herr Dietrich. Es gehe auch um die Verschlinkung der politischen Strukturen. Er halte jedoch den Bauausschuss nicht für das korrekte Gremium für eine solche Entscheidung, sondern sehe die Zuständigkeit eher im Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat.

Aufgrund der Diskussion im Ältestenrat werde die Verwaltung für den Rat einen Vorschlag unterbreiten, wie die Vergaben ohne einen Vergabeausschuss abgewickelt werden könnten. Aufgrund der anstehenden Neuzusammensetzung der Ausschüsse sei der Zeitpunkt passend, darüber sachlich zu diskutieren, so Herr Schumann. In der Regel werde es in den Kommunen so gehandhabt, dass ein Beschaffungsbedarf festgestellt, definiert und beschlossen wird. Die Vergabe als solche ist Sache der Verwaltung. Für die Information der Politik und die Transparenz gebe es auch Sicherungsmechanismen. Die Vorlagenerstellung zur Beratung in den Ausschüssen sorge für eine massive Verzögerung. Es sei tatsächlich so, dass seitens der Ausschüsse kaum Einfluss bestehe. Die Ausschussmitglieder machten sich sogar bei einer Falschentscheidung schadensersatzpflichtig, wenn dadurch eine Vergabe gestoppt werde, da bei öffentlichen Vergaben eine Einflussnahme durch politische Entscheidungen nicht vorgehen sei.

Sodann geht er auf die inhaltlichen Punkte von Herrn Pfeifer ein und differenziert zwischen dem Thema „Wertgrenzen, hausinterne Wertgrenzen und Landeswertgrenzen“ und dem Thema Vergabeausschuss.

Durch die kaskadenförmige Anordnung der Art der Ausschreibung steige nicht der Aufwand, da die Beschreibung der Leistung und die Erstellung des Leistungsverzeichnisses immer gleich bleibe. Was sich ändere, sei der Kreis der Beteiligten. Der RPA- Leiter als Antikorrupsionsbeauftragter habe immer wieder betont, den Grad der Vergaben, die innerhalb der Fachabteilung erledigt werden, zu limitieren. Werde dort die Wertgrenze extrem hoch gesetzt, hätten die Vorgesetzten zwar noch einen Blick darauf, aber keine Vergabestelle oder

das RPA sehe was passiere. Daher sei der Grad der Korruptionsanfälligkeit höher als bei einem größeren Kreis der Beteiligten.

Eine Anpassung der Wertgrenzen sei im Februar dieses Jahres erfolgt.

Die eigentliche Arbeit stecke in der Vorbereitung und Ausschussarbeit, um fristgerecht die Vorlagen zu erstellen und bedeute zeitliche Verzögerungen, da für jedes einzelne Gewerk entsprechende Vorlagen zu erstellen seien.

Für die Verwaltung wäre es hilfreich, nicht in den Vergabeausschuss zu müssen und die Grenzen für Geschäfte der laufenden Verwaltung genau zu definieren, so Herr Schumann. Informationen über Projekte lassen sich der Politik auch ohne einen Vergabeausschuss geben, wie zum Beispiel über Statusberichte.

Herr Cziba ist über die Art der Vorlage erstaunt und möchte im Bauausschuss nicht über die Existenz des Vergabeausschusses entscheiden. Der Vergabeausschuss sei möglicherweise ein Mitgrund, nicht aber die Ursache. Ein größerer Bieterkreis führe seines Erachtens automatisch zu anderen Preisgestaltungen. In letzter Zeit seien häufig Vergaben aufgrund zu hoher Preise zurückgenommen worden. Manchmal gebe es lediglich einen Bieter, der dann verlangen könne, was er wolle. Es sei wichtig, dass die Politik mitentscheide und solche schwerwiegenden Entscheidungen mittrage. Dies sei in der Verwaltung nicht zu lösen. Auch wolle er nicht, dass die Verwaltung machen könne, was sie wolle. Die Vorlagen seien häufig die letzte Information über den Stand von Baumaßnahmen. Würden diese Vorlagen entfallen, sei die Politik nicht informiert. Die Politik habe eine hohe Verantwortung, sie wolle nichts verhindern, aber informiert sein. Man befinde sich im Umbruch, es gehe hin zur Elektronik. Die Anzahl der Bieter und Bieterinnen habe in den letzten Jahren abgenommen. Der Baubereich biete aufgrund der großen Summen, die bewegt würden, Anfälligkeit für Korruption.

Herr Christian hält es für sinnvoll, den Antrag als Anregung an die Verwaltung verstanden zu wissen. Man wolle nicht der Verwaltung die alleinige Verantwortung zuschieben, wenn es zu Verzögerungen von Baumaßnahmen komme. Unterbreite die Verwaltung einen Vorschlag, den Vergabeausschuss obsolet zu machen, sehe er die Zuständigkeit des HFA oder Rates. Zur Ankündigung von Herrn Pfeifer eines entsprechenden Antrages, merkt er an, darüber werde die Fraktion entscheiden.

Herr Pfeifer wirbt dafür, da die Landesregierung extra ein Gesetz erlassen habe, um eine Beschleunigung zu erreichen, dass der Bauausschuss initiativ auffordert, die Reformmöglichkeit mitzutragen. Dies entspreche seinem Selbstverständnis als Mitglied des Bauausschusses. Sein Eindruck sei, dass sowohl im Vortrag von Herrn Cziba als auch beim RPA der Wille zur Kontrolle sehr hoch sei. Der eine, weil man nicht wolle, dass die Verwaltung etwas tue, was man nicht nachvollziehen könne, der andere aus Angst vor Korruption, dies sei lähmend und kontraproduktiv.

Die Grundidee des Antrages sei in Ordnung, so Herr Mäckeler. Die Struktur müsse geändert werden, die Vorlage für Bau- und Vergabeausschuss sei die gleiche, man gewinne durch die Abschaffung des Vergabeausschusses nur eine Woche. Es könne aber nicht sein, dass wegen eines geringfügigen Betrages von z. B. den genannten 1500 € ein solches Verfahren notwendig werde. Man müsse an den Strukturen arbeiten und die Grenzen anpassen. Die alleinige

Abschaffung des Vergabeausschusses bringe nichts. Die Arbeiten bleiben die gleichen, es fehle auch die Manpower im Baubereich, um die Maßnahmen abarbeiten zu können.

Auch die CDU- Fraktion habe sich mit der Thematik beschäftigt und begrüße, dass die Verwaltung parallel daran arbeite die Strukturen zu verschlanken, so Herr Rothenpieler. Er sehe aber auch die Zuständigkeit von HFA/ Rat.

Die Verwaltung arbeite sowohl an der Neuordnung der Ausschüsse als auch an der Zuständigkeitsordnung. Er tue sich schwer, die Verwaltung unter Generalverdacht zu stellen, sie sei korruptionsanfällig, so Herr Dietrich.

Es ergibt sich eine kurze Aussprache darüber, ob eine Beschlussfassung erfolgen sollte, an der sich die Herren Christian, Heupel, Cziba und Pfeifer beteiligen.

Da er das Selbstverständnis des Bauausschusses vermisst, beantragt Herr Pfeifer als Initiativantrag:

- ❖ Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung unter besonderer Berücksichtigung des Vergabeausschusses.
- ❖ Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung über die Veränderung der Wertgrenzen die Vergaben zu beschleunigen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes.

Herr Meyer stellt fest, er komme aus der Privatwirtschaft und dort werde den Mitarbeitern mehr Vertrauen geschenkt als in der Verwaltung. Welche Verantwortung er dort getragen und über welche Mittel er zu entscheiden gehabt hätte im Gegensatz zur Handhabung in der Verwaltung, habe ihn irritiert. Die Mitarbeiter verbrauchen sicherlich ca. 30-40 % ihrer Zeit dafür, Vorlagen zu erstellen. Er sei ein Freund der Information. In der Privatwirtschaft gebe es sogenannte Leistungsmeldungen. In regelmäßigen Abständen werde darüber informiert, wie ein Bauvorhaben technisch, terminlich und wirtschaftlich laufe, prognostiziert auf das Ende der Baumaßnahme. Diese Information benötige die Politik, was legitim sei, alles andere obliege der Verwaltung. Wie wenig Vertrauen den Mitarbeitern der Verwaltung entgegen gebracht werde, hätte er nicht erwartet.

Der Antrag von Herrn Pfeifer wird getrennt zur Abstimmung gestellt.

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen befürwortet die Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung unter besonderer Berücksichtigung des Vergabeausschusses.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen (Grüne/ Links), 6 Enthaltung(en)

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung über die Veränderung der Wertgrenzen die Vergaben zu beschleunigen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 4 dagegen (Grüne/ Links), 6 Enthaltung(en)

12. BA 16.03.2022
